



Berner Politik

Im Eiltempo in die EU-Unterwerfung

Magdalena Martullo-Blocher*
über die Botschaft
zum Vertragspaket
Schweiz-EU



Am Freitag, 13. März hat der Bundesrat die Botschaft zum EU-Vertragspaket verabschiedet. Sie dient den Parlamentariern als Grundlage für die Behandlung in den Kommissionen und den Räten. Der Bundesrat erschlägt die eidgenössischen Räte mit einem Papierberg: Der Botschaftstext umfasst 1086 Seiten – zusätzlich zu den 700 Seiten Vertragstext und den über 20 000 Seiten EU-Verordnungen, welche die Schweiz sofort übernehmen müsste.

Der Bundesrat setzt auf Überforderung und Zeitdruck. Am 23. März beginnt bereits die erste Kommissionssitzung des Ständerats zur Beratung des Pakets. Weitere folgen Schlag auf Schlag. Da die Ständeräte diese Woche noch in der Frühjahrssession beschäftigt sind, bleibt ihnen faktisch kein einziger Arbeitstag zur Vorbereitung der Kommissionssitzung! Anhörungen werden kurzfristig angesetzt, damit möglichst niemand mehr Einfluss nehmen kann. Offensichtlich wollen die EU-Befürwor-

ter in der Politik und der Verwaltung eine seriöse Bearbeitung mit allen Mitteln verhindern!

Dass in den Verträgen selbst kein Buchstabe mehr geändert werden soll, ist für den Bundesrat bereits beschlossene Sache: Er hat sie schon am 2. März unterschrieben, bevor die Botschaft überhaupt vorlag. Kritische Stimmen wurden bereits in der Vernehmlassung ausgeblendet, über 1000 private Stellungnahmen nicht einmal berücksichtigt. Der Bundesrat will auch nicht, dass das Volk am Schluss über die Verträge abstimmt: Er will keine obligatorische Volksabstimmung und damit auch keine Zustimmung der Kantone mit dem Ständemehr.

Damit die Kantone gefügig sind, wird ihnen vorgegaukelt, dass sie sich jederzeit einbringen könnten und sich für sie schon «nichts ändern» wird. Nur: Die Gesetze sollen künftig von der EU gemacht werden! In der EU liegt die Macht bei den 27 EU-Kommissären. 60 000 EU-Beamte und 30 000 EU-Lobbyisten reden mit. Schweizer Vertreter aus Bundes- und Kantonsverwaltungen erhalten allenfalls lukrative Pöstchen und grosszügige Spesen in Brüssel – sicher aber kein Mitentscheidungsrecht, das irgendeinem Gericht standhält. Das EU-Recht geht dem Schweizer Recht sowieso vor, als «Völkerrecht» steht es über der Bundesverfassung.

Überall treibt der Bundesrat die kopflose EU-Ankettung voran. Am 5. März unterschrieb Bundesrat Cassis noch ein Militärabkommen und informierte davor nicht einmal die zuständigen parlamentarischen Kommissionen. Das Abkommen schafft einen «Rahmen für mögliche künftige Schweizer Beiträge an zivile und militärische Missionen der EU», sogar mit Entsendungen. Dabei steht im neuen Krieg im Nahen Osten sogar ein militärisches Eingreifen von europäischen Staaten im Raum!

Die Folgen des Kriegs spüren wir auch ohne Beteiligung durch steigende Energiepreise. Ausgerechnet jetzt hält es der Bundesrat für sinnvoll, mit dem EU-Stromabkommen auch noch diese strategische Reserve preiszugeben. Denn im Krisenfall müsste die Schweiz ihre Schleusen öffnen und ihre Wasserkraft für die EU einsetzen – weil dort billiger Strom gebraucht wird.

Die politischen Eliten sind gerade dabei, unsere direkte Demokratie, unsere Neutralität und unsere Versorgungssicherheit aufzugeben. Das Schweizer Volk darf sich das nicht gefallen lassen!

* Magdalena Martullo-Blocher ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.